

Weitere Geschäfte mit Digitalbezug (Kategorie IV)

Tagline	Titel Geschäft	Um was geht es?	Status	Haltung digitalswitzerland
Kryptowährungen nicht für kriminelle Zwecke missbrauchen	21.4068 Mo. Nordmann Hacking gegen Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Bezahlung von Lösegeldern über Kryptowährungen unterbinden	Die Motion verlangt, dass die wirtschaftlich berechnete(n) Person(en) von Kryptowährungsanbietern obligatorisch festgestellt werden müssen, damit bei Anbietern, wo diese Feststellung nicht sichergestellt ist, der Handel mit Kryptowährungen verboten werden kann. Zudem sollen auch andere Finanzinstitute keine Krypto-Geschäfte tätigen dürfen, bei denen die wirtschaftlich berechnete Person nicht sichergestellt ist.	Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen	digitalswitzerland unterstützt grundsätzlich politische Geschäfte für eine vertrauenswürdige und digitalere Wirtschaft und Gesellschaft, schliesst sich aber in diesem Fall dem Entschluss des Bundesrates an.
Schutz der kritischen Infrastrukturen und ein freier Markt müssen vereinbar sein	22.3414 Mo. Fraktion S Schutz der kritischen Infrastruktur vor Einflussnahmen anderer Staaten	Der Bundesrat soll gesetzliche Grundlagen schaffen, die die kritische ICT-Infrastruktur vor Einflussnahmen anderer Staaten schützt. Es soll verboten werden können, ICT-Komponenten zu verwenden, wenn der Anbieter direkt oder indirekt von der Regierung eines anderen Staates kontrolliert wird - dies gilt insbesondere für autokratische Regierungen.	Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen	digitalswitzerland steht für einen offenen Technologie- und Dienstleistungsmarkt im ICT-Bereich ein und teilt die Ansicht der Stellungnahme des Bundesrates zu diesem Geschäft.
Nationale Koordination gegen Cyber-Betrug	22.3457 Po. Müller-Altermatt Abschaltung von betrügerischen Websites. Nationale Koordination bei Internetbetrug	Das Postulat fordert eine Prüfung, ob ein Erlass der Bundesversammlung vorzulegen ist, der regelt, wie betrügerische Websites durch die Polizeien stillgelegt werden können, sobald sie nach Meldungen aus der Bevölkerung oder von Firmen durch die Behörden als solche erkannt wurden.	Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen	Nationale Koordinationsanstrengungen bei Cyberkriminalität sind grundsätzlich zu begrüßen, um ein besseres Lagebild der Bedrohungen zu erhalten und bessere Instrumente zu deren Bekämpfung entwickeln zu können.
Ein Digitalisierungsschub für den Tourismus	21.3540 Mo. Paganini Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken	Im Bundesgesetz über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus soll die Möglichkeit geschaffen werden, langfristige Finanzierungen für Digitalisierungsprojekte zur Verfügung zu stellen.	Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen	Langfristige Digitalprojekte sind der Garant für die Entwicklung der Schweiz hin zu einer führenden Digitalnation.

<p>Die Schweiz darf bei der Europäischen Digitalpolitik nicht bloss Zaungast sein.</p>	<p>21.3676 Mo. Bellaiche Auftrag für die Mitwirkung an der europäischen Regulierung der Digitalisierung</p>	<p>Die Motion verlangt, dass sich der Bundesrat aktiv als Handelspartner einbringt und Position bezieht, um bei der europäischen Digitalpolitik (besonders beim Digital Markets Act und beim Digital Services Act) die Interessen der Schweiz zu vertreten.</p>	<p>Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen</p>	<p>Die Schweiz muss, ihren Möglichkeiten entsprechend, ihren Einfluss auf derart wichtige und wegweisende Regulierungswerke gelten machen.</p>
<p>Plattformökonomie und Arbeitsrecht: zwischen starren Gesetzen und Laissez-Faire liegt die Lösung</p>	<p>21.3772 Mo. Meyer Mattea Arbeitsgesetz gilt auch für Anbieter der Plattformökonomie</p>	<p>Der Bundesrat erhält den Auftrag, sicherzustellen, dass Plattform-Anbieter sich bestehendes Arbeitsrecht halten. Die kantonalen Arbeitsämter sollen dabei die Einhaltung des Arbeitsrechts sicherstellen und prüfen.</p>	<p>Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen</p>	<p>digitalswitzerland unterstützt grundsätzlich politische Geschäfte für eine digitalere Wirtschaft und Gesellschaft, schliesst sich in diesem Fall dem Entschluss des Bundesrates an.</p>
<p>Das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bei der Digitalisierung unterstützen.</p>	<p>21.3937 Mo. Michaud Gigon Bürgschaftsprogramm für Schweizer KMU für Investitionen in klimafreundliche Technologien und in die Digitalisierung</p>	<p>Zinsfreie oder niedrig bezinstete Kredite sollen an KMU vergeben werden können, die Investitionen in Digitalisierung und/oder klimafreundliche Technologien tätigen möchten. Dafür soll der Bundesrat ein Bürgschaftsprogramm einrichten.</p>	<p>Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen</p>	<p>Analog zur Motion Paganini (siehe oben) sind auch hier langfristige Digitalprojekte via KMU der Garant für die Entwicklung der Schweiz hin zu einer führenden Digitalnation.</p>
<p>Datenbeschaffung bei Videospielen - es braucht mehr Information</p>	<p>21.3816 Po. Fehlmann Rielle Datenbeschaffung bei Videospielen. Ist das wirklich nötig?</p>	<p>Das Postulat fordert den Bundesrat auf, zu prüfen, ob die Datenbeschaffung bei gekauften Videospielen verboten werden kann. Dies soll insbesondere für Spiele geprüft werden, die an Kinder gerichtet sind.</p>	<p>Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen</p>	<p>digitalswitzerland unterstützt grundsätzlich politische Geschäfte für eine bessere Diskussionsgrundlage, respektiert in diesem Fall den Entschluss des Bundesrates, diese nicht zu erstellen.</p>
<p>Personalisierte Werbung - Auswirkungen auf Nutzer/innen</p>	<p>21.4498 Po. Fivaz Fabien. Personalisierte Werbung. Verbot von Werbung, die auf Datenbeschaffung und Profiling basiert</p>	<p>Der Bundesrat soll prüfen, wie sich personalisierte Werbung auf das Verhalten des /der Nutzer/in auswirkt und gegebenenfalls Vorschläge zur verstärkten Regulierung bzw. zu einem Verbot machen.</p>	<p>Im Rat noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen</p>	<p>digitalswitzerland unterstützt grundsätzlich politische Geschäfte für eine bessere Diskussionsgrundlage, respektiert in diesem Fall den Entschluss des Bundesrates, diese nicht zu erstellen.</p>